

Projektbericht

Januar 2024



KoBra
Kooperation Brasilien



Indigene Landrechte

„Direitos não se negociam!“ –

„Rechte sind nicht verhandelbar!“

von Christian Russau

Hintergrundfoto: Mídia NINJA (CC BY-NC 2.0)

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Entwicklungen bei Indigenen Landrechten in Brasilien	2
Die Bedrohungen Indigener Territorien sind vielfältig	3
Die Land- und Territorialrechte der traditionellen Völker und Gemeinschaften Brasiliens sind angesichts der (oben beschriebenen und oft sehr gewalttätigen) Inwertsetzungsinteressen Dritter in ernster Gefahr.	5
Schwerpunkt 1: Stichtagsregelung „Marco Temporal“ und die drohende Verfassungskrise	5
Schwere Verfassungskrise voraus	10
Schwerpunkt 2: Selbsterstellung von Konsultationsprotokollen: Eines der zurzeit vielleicht effektivsten Mittel zur Sicherung des eigenen Territoriums	12
Materialien und Hintergründe	13
Termine	14
FJT 2024	14
RTB 2024	14

Aktuelle Entwicklungen bei Indigenen Landrechten in Brasilien

Das Jahr 2023 war das Jahr, in dem sich der seit Jahren schwelende Konflikt um die sogenannte Stichtagsregelung „Marco Temporal“ zuspitzte. 2024 wird voraussichtlich in dieser für den Fortbestand indigener Lebenswelten in Brasilien so zentralen Frage das entscheidende Jahr sein. Deshalb widmet sich dieses Dossier in einem seiner Schwerpunkte der [auf eine Verfassungskrise hinauslaufenden Frage nach der Stichtagsregelung „Marco Temporal“](#). Schließlich wird die in Brasilien unter traditionellen Völkern und Gemeinschaften [immer mehr an Bedeutung gewinnenden, selbst erstellten Konsultationsprotokolle](#) behandelt.

Bei all diesen Fragen dreht sich der dahinter stehende Konflikt stets um die Frage „Wem gehört das Land?“ und die vorrangigen Opponenten dabei sind das Triumvirat aus Agrobusiness, Bergbau- und Infrastruktur- Proponent*innen als sogenannte „ökonomische Inwertsetzer“, versus die Indigenen Völker als sogenannte „soziale Verteidiger*innen“ der Bedingung der Möglichkeit des Fortbestehens Indigener Lebenswelten in ihren Territorien.

Die Rede über „ökonomische Inwertsetzer“ bietet sich – auch 37 Jahre nach Erscheinen der bahnbrechenden [Analyse von Elmar Altvater mit seinem Werk „Sachzwang Weltmarkt“](#) – vor allem wegen der mehr denn je gegebenen Aktualität des von Altvater beschriebenen Sachverhalts an: die letztlich vom „Sachzwang Weltmarkt“ angetriebenen Inwertsetzungsinteressen drängen auf die ökonomische Erschließung weiterer Territorien. Dazu gehört das Verschieben letzter Grenzen in den Bioma Amazonien, Cerrado, Pantanal, Sertão oder Caatinga, ebenso wie jene mit Neo-Akronymen versehenen „Entwicklungsregionen“ wie [Matopiba oder Amacro](#) oder die Grenzüberschreitungen in neu geschaffene Inwertsetzungs-Sektoren (bspw. [REDD, REDD+](#)). Begründet werden Inwertsetzungsstrategien nicht erst seit den 1980er Jahren, sondern bereits seit Ende der 1950er Jahre mit dem wohlfeilen Argument des Zwanges zur Entwicklung, eifrig politisch flankiert durch von der Politik losgetretene Entwicklungsförderprogramme (wie [SUDAM in Amazonien, SUDENE im Nordosten oder SUDECO im Mittleren Westen](#)). Regelrecht getrieben vom Sachzwang Weltmarkt wurde und wird diese „Entwicklungszentrierung“ in Brasília politisch entschieden und befördert. Sie resultiert seit jeher in Großprojekten wie Straßen-, Wasserstraßen-, Eisenbahnlinien-, Wasserkraftwerk-, Hafen-, Verladeterminalbau und Rohstoffförderung ebenso wie in einem staatlich gewollten Run aufs Land für Cash Crops wie Soja-, Mais-, Zuckerrohr-, Dendê, Weizen- und Eukalyptusanbau. Dies bedeutete meist den Verlust der historisch von traditionellen Völkern und Gemeinschaften und Kleinbäuer*innen genutzten Landflächen durch staatlich organisierten und/oder staatlich tolerierten Landraub.

Dem gegenüber stehen die Sorgen und Interessen der traditionellen Völker und Gemeinschaften und Kleinbäuer*innen, deren Land meist nicht durch formelle Landtitel vor diesen Inwertsetzungsstrategien und -maßnahmen geschützt ist. Sie nutzen das Land oft kollektiv und es stellt die unabdingbare Grundlage für ihren lebensweltlichen Fortbestand als Gemeinschaften dar. Denn es ist das Land/Gebiet/Territorium, das es den Gemeinschaften es ermöglicht, ihre physische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Reproduktion sicherzustellen. Letzteres wird in der brasilianischen Verfassung garantiert durch den [Artikel 215](#), der bestimmt, „dass der Staat die Kultur des Volkes, der Indigenen und Afro-Brazilianer*innen sowie die Kultur aller am zivilisatorischen Prozess Brasiliens Beteiligten zu schützen habe. Der [Artikel 216](#) erklärt die materiellen und immateriellen Güter der Natur zum Kulturerbe Brasiliens – die Art und Weise zu schaffen, zu tun und zu leben –, da diese die tradierten Referenzen der Identität, des Handelns und der Erinnerung der verschiedenen Gründungsgruppen der brasilianischen Gesellschaft

darstellen.“¹ Artikel 231 und 232 der brasilianischen Verfassung definieren die Territorial- und politischen Rechte der indigenen Völker und der Artikel 68 der Übergangsbestimmungen der Verfassung definiert gleiches für die Quilombola-Gemeinschaften zur Regularisierung der Quilombola-Territorien.

Derweil steigt die Anzahl der Landkonflikte in Brasilien weiter massiv an. Die [katholische Landpastorale CPT zählt in Bezug auf Landkonflikte](#) für die erste Hälfte des Jahres 2023 insgesamt 973 Landkonflikte, was einem Anstieg von 8 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2022 entspricht. Damit liegt das erste Halbjahr 2023 auf Platz 2 der letzten 10 Jahre und wird nur noch von 2020 übertroffen, als 1.007 Konflikte verzeichnet wurden. Der [Indigenenmissionrat CIMI](#) errechnete in Bezug auf Gewalt gegen Indigene für das Jahr 2022 158 Fälle von Konflikten um Territorialrechte sowie illegales Eindringen und Ressourcenraub in 309 Fällen, die mindestens 218 Indigene Territorien in 25 brasilianischen Bundesstaaten betrafen.

Die Bedrohungen Indigener Territorien sind vielfältig

Indigene Gebiete und Territorien werden oftmals direkt von bewaffneten Pistoleiros, die im Auftrag von Großgrundbesitzer*innen die Indigenen von ihrem Land vertreiben wollen, angegriffen. Derzeit ist dies unter anderem im Süden Bahias der Fall, wo die Eukalyptusfarmen für den Export von Zellulose auch nach Deutschland, die indigene Gemeinschaft [regelrecht umzingeln](#). In anderen Fällen werden Indigenen Territorien als *áreas de sacrificio*, als Opfergebiete, dem Hochwasser überlassen, zum Beispiel damit die Kleinstadt Blumenau und das dortige Oktoberfest nicht in Gefahr geraten - und dies ausgerechnet wenige Wochen, nachdem der Oberste Gerichtshof STF genau anhand dieses konkreten Landkonfliktes um das Gebiet der Xokleng – Terra Indígena Ibirama La Klãnõ – im Bundesstaat Santa Catarina die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ als verfassungswidrig entschieden hatte. Nicht wenige Beobachtende interpretierten dies als direkte Heimzahlung seitens der *ruralistas* von Santa Catarina.

Neben den direkten Angriffen auf Indigene in ihren Gebieten und Territorien gibt es eine ganze Reihe von vor allem großen Infrastrukturprojekten aber auch geplanten Gesetzesänderungen, die die Integrität der Indigenen Territorien in Brasilien derzeit bedrohen. Die sichtbarsten und folgenschwersten Eingriffe auf Mensch und Umwelt befürchten Indigene durch die unzähligen kleinen, mittelgroßen bis hin zu großen Staudambbauten in den Flüssen Amazoniens. Zu schmerzhaft und deprimierend waren die Erfahrungen mit dem Staudambbau Belo Monte, dessen Umweltauflagen bis heute nicht vollständig erfüllt wurden und der viele Indigene und Flussanwohnende *ribeirinhos* ihrer Hauptproteinquelle, den Fisch, entzogen hat. Die Menschenrechtsorganisation Movimento Xingu Vivo para Sempre aus Altamira musste zehn Jahre nach Baustart von Belo Monte [eine desaströse Bilanz ziehen](#). Gegenwärtig befindet sich vor allem die Tapajós-Region im Fokus der Staudambbefürworter*innen, auch wenn der letzte Plan des Megadamms São Luiz do Tapajós infolge des starken Widerstands der indigenen Munduruku

1 Siehe CERRADO. Hrsg v. Dieter Gawora. Lateinamerika – Dokumentationsstelle, Entwicklungsperspektiven 114, Universität Kassel, Kassel 2022, ISBN 978-3-7376-1030-8, S. 34, unter: <https://kobra.uni-kassel.de/handle/123456789/13844>

gestoppt werden konnte. Aber die Betroffenen vor Ort wissen: Auch wenn ein Großprojekt wie der São Luiz do Tapajós von der Bundesumweltbehörde IBAMA abgelehnt wird, bedeutet dies nicht das Aus für das Projekt für immer – es kann immer wieder aus den Schubladen hervorgeholt werden, wenn die politische Agenda dafür opportun genug erscheint. [Und ohne Demarkation und Homologation ist ein Territorium noch deutlich verletzlicher.](#)

Nicht minder schwere Umweltauswirkungen befürchten die Indigenen, vor allem die Munduruku, Kayabi und Apiaka aus dem direkten Einzugsgebiet von Tapajós, Juruena und Teles Pires, von der geplanten Schiffbarmachung der drei Flüsse Tapajós, Teles Pires und Juruena, um den Sojatransport via Wasserstraße [an die Atlantik-Überseehäfen am Amazonas zu erleichtern.](#) Ein Ausbau der Wasserstraßen würde deutliche Preisreduzierungen bei den Logistikkosten der Soja-Barone aus dem Mittleren Westen wie dem Bundesstaat Mato Grosso bedeuten. Dies würde wiederum den weltmarktinduzierten Nachfragedruck beim Sojaanbau und mithin die Landkonflikte in der Region noch weiter massiv ansteigen lassen. Gleiches gilt im Übrigen für den weiteren Ausbau der Bundesstraßen, deren Asphaltierung dazu führt, dass dort ein regelrechtes Einfalltor für illegale Entwaldung geschaffen wird: Denn asphaltierte Bundesstraßen [„zerhacken Amazonien“](#), wie Umweltaktivist*innen schon lange kritisieren. Erhebungen zufolge erfolgen entlang ihrer Routen 80 Prozent aller Rodungen in Amazonien, innerhalb eines 30 Kilometer breiten Streifens.

Enorme soziale und Umweltauswirkungen befürchten die Menschen in den Indigenen und weiteren traditionellen Territorien auch durch den vermehrten Bau von Bahnlinien wie zum Beispiel der [Ferrogrão-Bahnlinie.](#) Sie würde den Jamanxim-Nationalpark in Pará durchschneiden und den Nachfragedruck auf die Soja-Anbaugebiete mit allen damit einhergehenden Landkonflikten weiter erhöhen. Gleiches gilt auch für das Milliardenprojekt zum Bau einer [Bahnstrecke und neuen Hafens im Munizip Alcântara im Bundesstaat Maranhão](#) für den Ausbau des Exports von Soja, Erzen und künftig auch Wasserstoff, an dem die Deutsche Bahn sich nun beteiligt hat – und dies obwohl auch Deutschland sich dem Schutz der Rechte der Indigenen Völker als Ziel [qua Ratifizierung der ILO-Konvention 169](#) verschrieben hat.

Auch der Ausbau von Bergbau großindustrieller Art, wie der Erzbergbau von [Vale in Carajás](#), oder der Bauxitbergbau der Mineração Rio do Norte (MRN) in Oriximiná, betrifft Lebenswelten der angrenzenden Anwohner*innen, oft Indigene, Quilombolas oder Angehörige weitere traditioneller Völker Brasiliens. Der Bergbau verursacht Umweltverschmutzung und -verseuchung durch die Ausweitung der Tagebauflächen – und Brasilien ist der zweitgrößte Eisenerzproduzent der Welt und der viertgrößte Bauxitproduzent.

Hinzu kommen im landwirtschaftlichen Bereich des Agrobusiness horrend hohe Pestizideinsätze, nicht selten mit Wirkstoffen europäischer, auch deutscher Hersteller wie [BASF](#) und [Bayer](#), deren Verwendung in Europa schon längst verboten ist. Dies ficht aber das brasilianische Agrobusiness nicht an, im Gegenteil, der brasilianische Nationalkongress verabschiedete noch Ende des Jahres 2023 das sogenannte „Giftpaket“. Dieses „Pacote do Veneno“ („Giftpaket“) der PL 1459/2022 definiert die Grundlagenbestimmung über Produktion, Lagerung, Verwendung und Entsorgung

von Agrarchemikalien in Brasilien neu. Die Folge werden sein: noch mehr Flexibilisierung und noch mehr Pestizide auf Brasiliens Äckern.

Die Land- und Territorialrechte der traditionellen Völker und Gemeinschaften Brasiliens sind angesichts der (oben beschriebenen und oft sehr gewalttätigen) Inwertsetzungsinteressen Dritter in ernster Gefahr.

Die rechtsextreme Regierung Jair Bolsonaro (2019-2022) setzte den bereits vor Amtsantritt getätigten Ausspruch des Präsidenten „Keinen Zentimeter Land mehr für Indigene“ so in die Tat um, dass unter seiner Regierung keine weiteren Gebiete als Indigene Territorien neu demarkiert wurden. Bei den zu seiner Amtszeit mit Landtitel demarkierten Quilombola-Territorien ging es um bereits zuvor administrativ weit fortgeschrittene Anerkennungsverfahren, die selbst die Bolsonaro-gesteuerte Administration nicht mehr aufzuhalten vermochte.

In Bezug auf die bereits demarkierten und homologierten Indigenen Territorien unternahm Bolsonaro mehrere Versuche, deren Bestand de jure und de facto zu schwächen: *De jure* durch Gesetzesinitiativen wie die noch immer im Nationalkongress anhängige PL 191 zur Freigabe von Bergbau und Wasserkraft in Indigenen Territorien. Die PL 191 würde „§ 1 des Art. 176 und § 3 des Art. 231 der Verfassung, die besonderen Bedingungen für die Erforschung und den Abbau von Bodenschätzen und Kohlenstoffen sowie für die Nutzung von Wasserressourcen zur Stromerzeugung auf indigenem Land festlegen und sieht eine Entschädigung für die Einschränkung des Nießbrauchs an indigenem Land vor.“ *De facto* ließ die Regierung Bolsonaro die illegalen Goldgräber*innen in Indigenen Territorien weitestgehend ungestört agieren, indem sie die staatlichen Kontrollmechanismen ausdünnte und teilweise explizit zurück orderte. Vor allem in den Territorien der Yanomami und Munduruku führte dies zu einer erheblichen Ausweitung des illegalen Gold- und Zinnerzabbaus mit allen ökologischen, sozialen und nicht zuletzt auch schweren gesundheitlichen Folgen wie großflächiger und intensiver Quecksilberverseuchung der Indigenen vor Ort. *De facto* beabsichtigte die Bolsonaro-Regierung auch durch gezielte staatliche Vernachlässigung der Indigenen Territorien wie der Yanomami in der Pandemiebekämpfung und durch Unterlassung von Lebensmittelsendungen einen – wie der Indigenendachverband APIB es nennt – Genozid an den Indigenen Völkern Brasiliens.

Die seit Anfang 2023 im Amt befindliche Mitte-Links-Regierung von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva stand (und steht) insofern unter enormen Druck.

Schwerpunkt 1: Stichtagsregelung „Marco Temporal“ und die drohende Verfassungskrise

Am 6. Februar dieses Jahres kehrt Brasiliens Oberster Gerichtshof STF aus den Ferien zurück und hat gleich drei zentrale Klageschriften in Sachen Stichtagsregelung „Marco Temporal“ auf dem Tisch. Bei allen drei Verfassungsklagen geht es um das Gesetz LEI Nº 14.701, DE 20 DE OUTUBRO DE 2023, das der Nationalkongress zwischen September und Oktober vorigen Jahres durch die zwei Kammern des Nationalkongresses im Hauruckverfahren getrieben hatte. Es war eine direkte

Reaktion auf den [Entscheid des Obersten Gerichtshofes STF](#) vom September vergangenen Jahres, die [These vom sogenannten Marco Temporal](#) als nicht verfassungskonform zu deklarieren.

Beim „[Marco Temporal](#)“ geht es um die Einführung einer Stichtagsregelung, nach der die juristische Anerkennung jedes indigenen Territoriums von dem Nachweis seiner Nutzung am 5. Oktober 1988, also dem Tag der Verkündung der heute gültigen Verfassung Brasiliens, abhängen soll. Die indigene Gemeinschaft oder das indigene Volk, das Anspruch auf ein bestimmtes Gebiet erhebt, müsse nachweisen, dass sie an besagtem Stichtag auf genau diesem Land gelebt hat oder sich zu diesem Stichtag in einem gerichtlichen Streit um das Land oder in einem direkten Konflikt mit Eindringlingen befunden habe. Für die Indigenen ist klar: So sollen mit einem Handstreich 500 Jahre kolonialer Ausbeutung und Landraub legalisiert werden. Unter dem Motto „Unsere Geschichte begann nicht erst 1988!“ versuchen die Zusammenschlüsse der indigenen Völker Brasiliens seit Jahren, auf die Absurdität der Stichtagsregelung „Marco Temporal“ in Medien und Öffentlichkeit hinzuweisen.

Der nationale Zusammenschluss der indigenen Völker (APIB) sieht die juristische These des „Marco Temporal“ als verfassungswidrig an, da dieser die Vertreibungen, Zwangsumsiedlungen und die Gewalt, die Angehörige verschiedener indigener Gemeinschaften vor 1988 erlitten haben, ignoriert und einfach den Stichtag als Grundlage des neuen Gesetzes anerkennt. Darüber hinaus werde die Tatsache ignoriert, dass es bis zum Inkrafttreten der Verfassung von 1988 für Indigene gar keine rechtliche Grundlage gab, um eigenständig ihre Rechte vor Gericht einzufordern. Denn qua Gesetzbuch standen Indigene unter staatlicher Vormundschaft, der sogenannten „tutela“, was erst die neue Verfassung von 1988 beendete. Hinzu kommt, dass der Nachweis der Nutzung eines Gebiets am 5. Oktober 1988 für viele indigene Gemeinschaften schwierig ist. In ihrer besonderen Beziehung zu ihrem Territorium ist nicht nur das Land identitätsstiftend, auf dem sie tatsächlich leben, sondern auch Gebiete, die eine kulturelle und spirituelle Bedeutung haben, aber nicht bewohnt werden.

Im Urteil des STF ging es konkret um das Gebiet Ibirama La Klãnõ der indigenen Xokleng im Bundesstaat Santa Catarina, aus dem diese – infolge der massiven deutschen Einwanderung in den Süden Brasiliens – gewaltsam, äußerst brutal und menschenverachtend ab den 1850er Jahren bis in die 1930er Jahre vertrieben wurden. Die Landesumweltbehörde des Bundesstaates Santa Catarina forderte ab 2009 vor Gericht die Räumung eines 80.000 Quadratmeter großen Gebietes, auf dem heute indigene Xokleng, Kaingang und Guarani leben. Es grenzt an das im Jahre 1958 vom Staat ausgewiesene (aber noch nicht abschließend demarkierte) Gebiet der Terra Indígena Ibirama La Klãnõ an. Dieses historisch von den Xokleng einerseits sowie von den Kaingang und Guarani andererseits bewohnte Gebiet wurde Ende der 1980er Jahre zusätzlich durch den Bau des Staudamms Barragem Norte beeinträchtigt, so dass die Indigenen wiederum nur ein kleineres Gebiet als ihr traditionelles Territorium beanspruchen konnten.

Die Landesumweltbehörde von Santa Catarina argumentierte in der Klage, das Gebiet stehe unter Naturschutz und müsse daher von den Indigenen geräumt werden. Auf dem Gelände befinden sich heute aber auch Tabakfarmer*innen und es sind dort Holzfirmen aktiv. Laut der Behörde hielten die Indigenen das Gebiet illegal besetzt und die Anerkennung sei als indigenes Territorium nicht rechens, da die Indigenen am Stichtag, dem 5. Oktober 1988, nicht in dem Gebiet lebten. Daher gelte die Stichtagsregelung des „Marco Temporal“. Im Jahr 2013 wandte das Bundesgericht der 4. Region (TRF-4) im Bundesstaat Santa Catarina das Kriterium der Stichtagsregelung an,

indem es der Landesumwelt- behörde die Entscheidungshoheit über das Gebiet Ibirama La Klänõ zusprach. Gegen die Entscheidung des TRF-4 legte die Indigenenbehörde des Bundes, FUNAI, beim STF Berufung ein. Im Jahr 2019 entschied der Oberste Richter Alexandre de Moraes, dass dieser Fall „strahlende Rechtskraft grundlegender Natur“ habe, so dass das vom STF zu entscheidende Urteil Grundsatzcharakter für die bis zu 200 noch anstehenden Rechtsentscheidungen in Bezug auf indigene Territorien Brasiliens entfalte.

Die Vertreter*innen der Xokleng argumentieren stets, dass sie gewaltsam aus ihren Gebieten vertrieben wurden, viele ihrer Vorfahren ermordet wurden und ihnen erst die Verfassung von 1988 das Recht auf ihr angestammtes Gebiet garantierte. Erst ab diesem Zeitpunkt konnten sie ihre historischen Territorien einfordern. „Wenn wir 1988 nicht in einem bestimmten Gebiet waren, dann heißt das nicht, dass es Niemandsland war oder dass wir nicht dort waren, weil wir es nicht wollten. Die Stichtagsregelung verfestigt eine historische Gewalt, die bis heute ihre Spuren hinterlässt“, sagte Brasília Priprá, Sprecher der Xokleng, im Jahr 2020. Dieser Ansicht folgte der Oberste Gerichtshof Brasiliens STF in seiner Entscheidung vom 22. September vorigen Jahres.

„Wir haben gesiegt!“, jubelte es bereits am frühen Nachmittag des 21. September in den sozialen Medien, nachdem beim Stand 5:2 der Oberste Richter Luiz Fux ebenfalls gegen die Stichtagsregelung votierte und damit mit sechs Stimmen die Mehrheit schon erreicht war. Am Abend war dann klar: die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ wurde vom STF [mit 9:2 Stimmen für verfassungswidrig erklärt](#).

Doch selbst mit dieser höchstrichterlichen Entscheidung sind die Konflikte nicht beigelegt – vielleicht verschärfen sie sich noch weiter. Denn einerseits entschied der STF eine Woche später, dass der Staat Entschädigungen an jene zu enteignenden Grundbesitzer*innen zahlen muss, die in der Vergangenheit in „gutem Glauben“ die Grundstücke von Vorbesitzenden erworben haben. Zudem solle sich die Entschädigung insofern eher am Marktwert orientieren, als nicht nur der bloße Grundbesitz, sondern auch die auf diesem im Lauf von Generationen geleisteten „Aufwertungen“ honoriert werden sollen. Und diese Entschädigungszahlungen sollten sofort und vor der Räumung des Gebietes erfolgen. So befürchten vor allem Indigene, dass es in der Praxis kaum zu Enteignungen kommen wird. Denn wenn es dem brasilianischen Staat im Moment an einem fehlt, sind es finanzielle Spielräume, die durch die große Haushalts- und Schuldenbremse massiv eingeschränkt werden.

Dass vor allem Brasiliens Agrobusiness sich eine Enteignung – selbst bei Entschädigung – nicht so einfach gefallen lassen wird, zeigte sich genau am Tag der höchstrichterlichen Entscheidung. Denn bereits wenige Stunden bevor der STF zu seiner entscheidenden Sitzung zum „Marco Temporal“ zusammen kam, debattierte im brasilianischen Senat die Kommission für Verfassung, Justiz und Teilhabe von Bürger*innen über die Gesetzesinitiative PL 2903. Diese war unter dem Kürzel PL 490 im brasilianischen Abgeordnetenhaus am 30. Mai verabschiedet worden und definiert die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ nicht nur in Bezug auf künftige Demarkationen, sondern könnte rückwirkend auch bestehende Demarkationen juristisch angreifbar machen. Zudem beinhalten die PL 2903/PL 490 explizit die Möglichkeit, indigene Territorien gegen die Zahlung von Konzessionen an Indigene wirtschaftlich auszubeuten.

Angesichts der im STF anberaumten Abstimmung beeilten sich die dem Agrobusiness nahestehenden Senator*innen, um möglichst noch vor dem STF zu einer legislativen Entscheidung zu kommen. Dies gelang ihnen zunächst jedoch nicht, da auch im Senat Verzögerungstaktiken wie die Beantragung von Vertagungen üblich sind. Senator Randolfe Rodrigues von der an der Regierungskoalition beteiligten Partei Rede verurteilte diesen Versuch einer legislativen Hauruckaktion scharf: „Nichts rechtfertigt diese Eile, die im Widerspruch zu dem steht, was zwischen den indigenen Anführern und den Senatoren besprochen wurde. Zumal der Oberste Gerichtshof bereits über die Angelegenheit urteilt“, sagte Rodrigues in der Sitzung. Die Entscheidung in der Senatskommission wurde durch den Antrag auf Vertagung seitens der Senatorin Eliziane Gama von der Partei PSD, die ebenfalls der Regierungskoalition Lulas angehört, für sieben Tage unterbrochen. „Es besteht kein Zweifel, dass dieses Gesetz nicht in Kraft treten wird. Wir könnten über ein Gesetz abstimmen, das verfassungswidrig ist“, sagte sie im Hinblick auf die am Nachmittag anstehende Entscheidung im STF.

Doch etliche Senator*innen ließen in der Debatte in der Kommission keinen Zweifel daran, dass sie weiter mit allen Mitteln dafür kämpfen werden, dass es eine Gesetzgebung des Nationalkongresses zu einer Stichtagsregelung indigenen Landes geben werde. So stimmten im Senat genau eine Woche später (wiederum am gleichen Tag wie der STF) sowohl die zuvor vertagte Kommission als auch im Schnellverfahren das Plenum, dass die PL 2903 zum „Marco Temporal“ als Gesetz Gültigkeit habe. Dazu verhalf ihnen die große Mehrheit, die agrobusinessfreundliche Abgeordnete und Senator*innen im Nationalkongress haben. Die parteiübergreifende Fraktion der sogenannten ruralistas der FPA (Frente Parlamentar da Agropecuária) stellt 300 der 513 Abgeordneten im brasilianischen Abgeordnetenhaus und im Senat zählt die FPA nach eigenen Angaben 47 der 81 Senator*innen. Die ruralistas sind damit die mächtigste parteiübergreifende Fraktion im Nationalkongress. So erlangte die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ im Durchlauf der Nomenklatura von Abgeordnetenhaus zunächst als PL 490, im Senat dann als PL 2903 dann schließlich als Gesetz [LEI Nº 14.701](#) Gesetzescharakter (zum gesetzgeberischen Werdegang der verschiedenen Gesetzesnummerierungen [siehe hier](#)).

Präsident Lula legte nicht gegen [das Gesetz](#) als Ganzes Veto ein, sondern belegte einige Teilaspekte mit seinem Veto. Der Dachverband der Indigenen Völker APÍB war in seiner Kritik an den in ihren Augen zu zaghaften Vetos der Lula-Regierung deutlich (<https://apiboficial.org/2023/10/26/the-stuggle-continues-lulas-partial-veto-does-not-represent-a-victory/?lang=en>).

Diese Kritik entspricht der grundsätzlichen Analyse des Indigenenmissionsrates CIMI, die zudem noch das grundsätzlichere Problem der Regierungspolitik in Bezug auf Indigene Völker sieht. „Die Regierung neigt aufgrund ihres Charakters der ‚breiten Front‘ dazu, politischen Konsens über einen ‚Interessenausgleich‘ zu suchen. So nimmt der Staat eher die Rolle eines angeblichen ‚Vermittlers‘ antagonistischer Interessen ein und weniger die eines Garanten von Rechten. Aber die territorialen Rechte der indigenen Völker dürfen nicht zur Disposition stehen“, [so Luis Ventura Fernández vom Indigenenmissionsrat CIMI bereits im Juni vergangenen Jahres](#).

In einer gemeinsamen Sitzung am 14. Dezember kippte der Nationalkongress die Vetos von Präsident Lula gegen den Gesetzentwurf 2903, das heutige Gesetz 14.701. Damit setzten die

Parlamentarier*innen die ruralistische These der Stichtagsregelung in ein Gesetz um. Die Sitzung endete mit 321 Abgeordneten gegen die Vetos und 137 dafür. Im Senat wurde mit 53:19 Stimmen ebenfalls für die Rücknahme der Vetos gestimmt. Damit ist die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ aus Sicht des Nationalkongresses Gesetz.



Alessandra Korap Munduruku. Foto: Christian Russau (2019, Berlin)

Alessandra Korap Munduruku, indigene Anführerin des Munduruku-Volkes und eine der führenden Stimmen des Amazonasgebietes, [sagte als Koordinatorin der Indigenenvereinigung Pariri](#), dass der Nationalkongress grundsätzlich gegen die indigenen Völker Brasiliens ist. „Wir sehen die brasilianische Gesellschaft, die einen Abgeordneten, einen Senator stellt, der die indigenen Völker hasst. Es scheint, dass die indigenen Völker einen einsamen Kampf um ihre Territorien führen“, bedauerte sie anlässlich der Aufhebung der präsidentiellen Vetos des Gesetzes 14.701 durch die *bancada ruralista*.

Für Alessandra Korap Munduruku ist die Verfassungswidrigkeit der Stichtagsregelung „Marco Temporal“ bereits mehr als deutlich. „Leider sehen einige Leute, die mit der Agrarindustrie verbunden sind, das Problem nicht unter dem Gesichtspunkt der Verfassung, sondern unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung. Die Entwicklung eines Landes, die keine Kinder, Frauen, Schamanen, heiligen Orte, Wälder einbezieht, all das wird mit Füßen getreten. Die Zivilgesellschaft muss dringend eine Kampagne gegen diese ruralistas, gegen die Stichtagsregelung und auch gegen die Erdölförderung im Amazonasgebiet führen“, so Alessandra Korap Munduruku.

Vertreter*innen des Dachverbands der Indigenen Völker APIB warfen der Lula-Regierung hinterher vor, zu keinem Zeitpunkt auf die Kritik der Indigenen an den ihrer Ansicht nach zu schwachen Vetos einzugehen, noch auf ihre Angebote reagiert zu haben, durch eine gemeinsam anzugehende Lobbyagenda wenigstens die Vetos im Kongress beizubehalten. Dinaman Tuxá von APIB verweist darauf, dass die Haltung der PT-Regierung zu dem Gesetz 14.701 zur Stichtagsregelung „Marco Temporal“ die APIB verärgert habe. Obwohl der Präsident gegen einen Teil des vom Kongress verabschiedeten Gesetzes sein Veto eingelegt habe, ist die Organisation der Ansicht, dass die Regierung letztlich kein Interesse daran hatte, zu verhindern, dass die Vetos bei der erneuten Abstimmung der Parlamentarier*innen aufgehoben werden. „Wir hätten ein größeres Engagement des Präsidentenpalastes erwarten können, um sicherzustellen, dass die Vetos im Kongress bestehen bleiben. Das ist nicht geschehen, so dass wir einen Rückschlag in unseren Rechten hinnehmen mussten. Wir haben mehrmals versucht, mit dem Büro des Stabschefs und anderen Ministerien im Planalto zu sprechen, um mit ihnen eine Strategie zur Aufrechterhaltung der Vetos zu erarbeiten, aber sie haben nicht einmal auf unsere E-Mails geantwortet. Wir sind Verbündete der Regierung, aber wir sind ihr nicht unterwürfig, und deshalb ist es wichtig, dies hier hervorzuheben“, [betonte der APIB-Vertreter gegenüber Medien](#).

Der Dachverband der Indigenen Völker Brasiliens, APIB, [resümierte seine Arbeit des Jahres 2023](#): „Zwischen April und Juni wurden [von APIB, Anm.d.A] in 21 Staaten mehr als 125 Aktionen gegen die Stichtagsregelung organisiert. In den sozialen Medien wurden mehr als 7,5 Millionen Menschen erreicht, mit mehr als 19 Millionen Impressionen auf 696 Posts. An erster Stelle ist zudem das diesjährige Acampamento Terra Livre ATL zu nennen, das vom 24. bis 28. April mehr als 6.000 Indigene aus allen Regionen Brasiliens in Brasilia zusammenführte. Die 19. Auflage des Camps war die erste große Mobilisierung in der Bundeshauptstadt nach den Putschversuchen vom 8. Januar und stand unter dem Motto ‚Die indigene Zukunft ist heute. Ohne Abgrenzung gibt es keine Demokratie‘. Auf diese Weise rief die indigene Bewegung den Klimanotstand aus und rief zu Warnungen und Aktionen gegen die für die Rechte der Indigenen schädlichen Projekte auf, die derzeit im Nationalkongress diskutiert werden.“ So leistet die Indigene Bewegung unter dem Motto „Direitos não se negociam“ – „Rechte sind nicht verhandelbar“ weiterhin Widerstand.

Schwere Verfassungskrise voraus

Gegen das Gesetz 14.701 liegen [gleich drei in Sachen Stichtagsregelung „Marco Temporal“ zentrale Klageschriften](#) vor. Dabei handelt es sich um zwei Klagen zur Erklärung der Verfassungswidrigkeit (Ação Direta de Inconstitucionalidade – ADI) und eine zur Erklärung der Verfassungskonformität (Ação Declaratória de Constitucionalidade – ADC). Am 28. Dezember vergangenen Jahres hatten die drei rechten Parteien Liberal, Progressistas und Republicanos eine ADC mit dem Zwecke der [Feststellung der Verfassungskonformität](#) des Gesetzes 14.701 beim STF eingereicht. Die drei Parteien argumentieren dabei, es sei ausschließliche Kompetenz des Nationalkongresses mit seinen zwei Kammern, als Legislative zu fungieren und dass die Verfassung im Streitfall zwischen Präsident und Nationalkongress vorsehe, dass letzterer mit einfacher Mehrheit über eventuelle Vetos des Präsidenten entscheide. Die Entscheidung darüber liegt beim Verfassungsrichter Gilma Mendes.

Die zwei anderen Klagen sind der Kategorie nach Ação Direta de Inconstitucionalidade – ADI. Die erste wurde [am 29. Dezember vergangenen Jahres](#) von den beiden Parteien PSOL und REDE (beide Teil der Regierungskoalition) mit expliziter Unterstützung des Indigenendachverbandes

APIB eingereicht. PSOL, REDE und APIB argumentieren, der Oberste Gerichtshof STF habe in seinem Urteil vom September vergangenen Jahres bereits abschließend über die Verfassungswidrigkeit der Stichtagsregelung „Marco Temporal“ geurteilt. Ein einfaches Gesetz, verabschiedet von beiden Kammern des Nationalkongresses, könne sich nicht über das vorherige Urteil des STF, das explizit juristische Strahlkraft für alle Streitfragen bei Demarkationen Indigener Territorien ausübe und die Stichtagesregelung als verfassungswidrig einstufte, hinwegsetzen. Die Klage argumentiert zudem, dass das Gesetz nicht nur eine Zunahme der Gewalt gegen diese Bevölkerung mit sich bringe, sondern auch die Gesellschaft als Ganzes beeinträchtige, da es die Umweltzerstörung und die Klimakrise verschärft. APIB und die zwei Parteien weisen außerdem darauf hin, dass das Gesetz auch in anderer Hinsicht verfassungswidrig sei, wie z.B. die Änderung der Bundesverfassung durch ein einfaches Gesetz, die Unterdrückung des in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorgesehenen Rechts der indigenen Gemeinschaften auf Konsultation und die Schaffung von Hindernissen für den Demarkationsprozess, was gegen den Grundsatz der Effizienz verstößt und darauf abziele, solche Umsetzungen wie Demarkationen und Homologationen zu verhindern.

[Am 2. Januar dieses Jahres](#) reichten die Arbeiterpartei PT, die Kommunistische Partei von Brasilien PCdoB und Grüne Partei PV ebenfalls eine Klage zur Verfassungswidrigkeit – eine ADI – des Gesetzes 14.701 ein. Sie argumentieren ähnlich der Klage von PSOL, REDE und APIB, dass der STF bereits zu dem Schluss gekommen sei, dass die Annahme der Stichtagsregelung zur Definition der traditionellen Landbesetzung durch indigene Gemeinschaften nicht mit dem verfassungsmäßigen Schutz der Rechte indigener Völker über ihre Territorien vereinbar sei.

Insofern steht Brasilien in der zentralen Frage des Landbesitzes, des Fortbestehens Indigener Territorien in Kürze eine schwere Verfassungskrise voraus. Die in beiden Kammern des brasilianischen Nationalkongress dominierende Fraktion der Agrobusinessfreundlichen *ruralistas* ist [zutiefst davon überzeugt](#), dass jede „Reform der Rechtsprechung unter Umgehung der Entscheidungen der Legislative eine tiefe Missachtung der Bundesverfassung und nährt Spaltungen, die unserer Nation nur schaden“, spricht: nicht der Oberste Gerichtshof STF habe in der Angelegenheit der Stichtagsregelung zu entscheiden. Dies sieht der Dachverband der Indigenen Völker APIB anders. „Dieses Gesetz verstößt gegen mehrere Grundrechte der indigenen Völker“, [sagte Maurício Terena gegenüber Amazônia Real](#). Das Gesetz, das er als „Genozid-Gesetz“ beschreibt, beabsichtige, „die Stichtagsregelung durch die Legislative einzuführen, obwohl der Oberste Gerichtshof ihn bereits im Urteil der außerordentlichen Berufung für verfassungswidrig erklärt hat.

Es ist derzeit offen, wie der STF urteilen wird. Beobachtende gehen davon aus, dass angesichts des im September ziemlich eindeutig mit 9:2 gefällten Urteils des STF dieser erneut die Stichtagsregelung „Marco Temporal“ – so wie sie jetzt im Gesetz 14.701 definiert ist – als verfassungswidrig ablehnt, aber dennoch weite Teile des Gesetzes beibehalten könnte. Und selbst dann bleibt die Frage, ob der rechtsdominierte Nationalkongress sich damit einfach abfindet. So haben konservative Senator*innen bereits am 28. September vorigen Jahres – kurz nach dem STF-Entscheid zum „Marco Temporal“ – eine Verfassungsänderung, [die sog. PEC 48/2023](#), eingereicht, die explizit den „Marco Temporal“ mit Stichtag 5. Oktober 1988 als Basis für Demarkation indigener Territorien in die Verfassung schreiben soll. Dafür bräuchten sie aber eine Dreifünftelmehrheit in beiden Kammern des Nationalkongress. Eine solche Mehrheit kann die Regierung Lula wohl mit einigem politischen Geschick (und Kosten, siehe die ausufernden Emendas an den Kongress, bis Stand Anfang Dezember lag dieser Wert der Direktzahlungen an die Abgeordneten und Senator*innen [bei nahezu 30 Mrd Reais](#)) zur Zeit noch abwehren.

Auch Deborah Dupret, Oberstaatsanwältin von 1987 bis 2020, [sieht eine schwere Verfassungskrise voraus](#): „In letzter Zeit gibt es viele Ressentiments [von der extremen Rechten] in Bezug auf [das Oberste] Gericht, das eine führende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Demokratie gespielt hat, in Bezug auf die Unterlassungen der anderen Bereiche der Regierung und anderer wichtiger sozialer und staatlicher Akteure [zur Zeit der Regierung Bolsonaro]. Ich denke, dass dies der schlimmste Moment [in diesem Streit] ist, und dass er durch die Unterlassung einiger Sektoren und die führende Rolle, die der Oberste Gerichtshof gespielt hat, sehr kontaminiert ist. Ich verteidige die Demokratie. Wenn sich die Legislative und die Judikative gegenseitig bekämpfen, bis einer von ihnen völlig kapituliert, bedeutet das den Tod der Demokratie. Ich hoffe ehrlich gesagt, dass die Vernunft siegt. Und zwar schnell.“

So wird der Kampf der drei Gewalten weitergehen – aber die Indigenen haben gezeigt, dass sie nicht länger nur Zuschauende sein wollen.

Schwerpunkt 2: Selbsterstellung von Konsultationsprotokollen: Eines der zurzeit vielleicht effektivsten Mittel zur Sicherung des eigenen Territoriums

Angesichts des jahrzehntelangen enormen Drucks hin zur Inwertsetzung vor allem der noch nicht abschließend demarkierten und homologisierten, aber auch der bereits eigentlich gesicherten Indigenen Territorien traditioneller Völker und Gemeinschaften hat sich seit Mitte der 2010er Jahre unter den Betroffenen mehr und mehr die Einschätzung durchgesetzt, dass die Selbst-Erstellung von sogenannten Konsultationsprotokollen eines der effektivsten Mittel zur Sicherung des eigenen Territoriums ist.

Mit eines der ersten selbsterstellten Konsultationsprotokolle traditioneller Völker und Gemeinschaften in Brasilien [ist das der indigenen Munduruku vom Oberen, Mittleren und Unteren Tapajós](#). Das Konsultationsprotokoll der Munduruku gibt ausführliche Antworten auf die Frage „Wer soll konsultiert werden?“, „Wie soll der Prozess der Konsultation ablaufen?“, „Wie treffen wir Munduruku unsere Entscheidungen?“ und „Was erwartet das Volk der Munduruku von dieser Konsultation?“ bevor unmissverständlich klargestellt wird: „Wir erwarten, dass die Regierung unsere Entscheidung respektiert. Wir haben Veto-Recht. Sawe!!“

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an von den traditionellen Völkern und Gemeinschaften selbst erstellten Konsultationsprotokolle: von [Indigenen Völkern und Gemeinschaften](#), von [Quilombola-Völkern und Gemeinschaften](#), von [traditionellen Völkern und Gemeinschaften](#), von [traditionellen Gemeinschaften zur Erhaltung der Sozio-Biodiversität](#) sowie von [Indigenen, Quilombolas und anderen traditionellen Gemeinschaften zusammen erstellten Konsultationsprotokollen](#).

Am deutlichsten sichtbar wurde die [Effektivität dieser selbsterstellten Konsultationsprotokolle im Falle der indigenen Juruna](#) (traditionelle Bezeichnung Yudjá) im Indigenen Territorium Terra Indígena Paquiçamba in der Volta Grande do Xingu im Kampf gegen Brasilien [künftig vielleicht größten Offenen Goldtagebau der Firma Belo Sun](#). Das Volk der Juruna hatte 2017 selbst ein Konsultationsprotokoll erstellt, das genau festlegt, auf welche Art und Weise jeder Kontakt von außen, der sie betrifft, (einschließlich ökonomischer Aktivitäten oder auch journalistischer oder anthropologische Kontaktaufnahme) abzulaufen habe. Noch im selben Jahr wurde dieses Protokoll bei den kommunalen, bundesstaatlichen und föderalen Behörden hinterlegt. Und gleich

im Dezember 2017 setzte das Justizgericht von Pará TRF1 die laufende Umweltgenehmigung für die Firma Belo Sun an der Volta Grande do Xingu aus. Das Gericht folgte darin der Einschätzung der Klage der Bundesstaatsanwaltschaft, dass die Firma aus Kanada sich in ihrem Vorgehen vor Ort nicht an die Richtlinien des bei den Behörden hinterlegten Konsultationsprotokoll der Juruna gehalten habe und somit eine Verletzung der ILO-Konvention 169 zum Schutze der Rechte der Indigene Völker vorliege.

Zur weiteren Lektüre zu diesem Thema wird das Buch „[Protocolos de consulta prévia e o direito à livre determinação](#)“, Fundação Rosa Luxemburgo / CEPEDIS, hrsg.v. Verena Glass, 2019, empfohlen.

Christian Russau, outro-mundo.org

Materialien und Hintergründe

[genaues Datum unbekannt] 2023:

Video „Die Strategie der Ka'apor Eindringlinge abzuwehren und einen der letzten Wälder in Maranhão zu retten“

Ein Film von Andrew C. Johnson [[weberschauen bei POEMA Deutschland](#)]

25. August 2023:

Video „Junge Quilombolas auf der brasilianischen Amazonasinsel Marajo berichten über ihr Leben“

Unterstützt von der NGO Abayomi (und finanziert von der ASW) verbessern junge Quilombolas auf der brasilianischen Amazonasinsel Marajo ihre Lebensumstände und schaffen Voraussetzungen, dort zu bleiben, statt in die Städte abwandern zu müssen. Beim Digitalen Dienstag der ASW im Februar 2023 haben die jungen Menschen über ihre Arbeit und ihre Hoffnungen berichtet (Mitschnitt der Veranstaltung, ins Deutsche übersetzt). [[weberschauen auf dem Youtube-Kanal der ASW](#)]

04. Dezember 2023:

AMACRO: Die Gewalt des Agrobusiness in Amazonien. Waldrodung und Landraub im Namen des grünen Kapitalismus

Unkontrollierte Abholzung des Regenwaldes, Brände, Landraub und gewaltsame Konflikte: Das ist die Realität an den Grenzen der Bundesstaaten Acre, Amazonas und Rondônia. Im Jahr 2022 war diese Region für ein Drittel der Abholzung im ganzen brasilianischen Amazonasgebiet verantwortlich. Dort lässt sich die brutalste Seite des räuberischen Agrobusiness beobachten. Von Verena Glass, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro São Paulo [[weiterlesen bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung](#)]

18. Dezember 2023:

Video „Zwischen Drohnen und Wäldern“

Das audiovisuelle Munduruku-Kollektiv „Daje Kapap Eypi“ bei der Verteidigung seines Territoriums. Live-Mitschnitt der Veranstaltung des Bündnisses „Berlin aktiv im Klimabündnis“, Veranstaltung organisiert von ASW und FDCL. Videomitschnitt zeigt auch den Dokumentarfilm [[weberschauen auf dem Facebook-Kanal des FDCL](#)]

Dezember 2023:

„Wie die Ka’apor ihren Regenwald schützen“

Guadalupe Rodríguez und Klaus Schenck von Rettet den Regenwald sind nach Brasilien gereist, um unsere Partnerorganisationen zu besuchen – darunter die Ka’apor. Die indigene Gemeinschaft lebt in einem der letzten großen Regenwaldgebiete im Bundesstaat Maranhão. [[weiterlesen im Regenwald Report 04/2023](#)]

17. Januar 2024:

Krise im Yanomami-Gebiet trotz Ausweisung der Eindringlinge vor einem Jahr

Die Yanomami leiden unter einer akuten Gesundheitskrise. Hunderte von Kindern sind stark unterernährt. Expert*innen warnen davor, dass das indigene Volk der Yanomami im nördlichen Amazonasgebiet Brasiliens von einer akuten und schwerwiegenden Gesundheitskrise betroffen ist. Vor einem Jahr führte die brasilianische Regierung eine groß angelegte Aktion durch, um illegale Bergleute aus dem Gebiet auszuweisen. [[weiterlesen bei Survival International](#)]

Termine

FJT 2024

Die Frühjahrstagung der Kooperation Brasilien (KoBra) 2024 wird vom 12.-14.04. in Heidelberg stattfinden.

RTB 2024

Der Runde Tisch Brasilien 2024 wird vom 15.-17.11. in Goslar stattfinden.

Weitere aktuelle Termine zu „Brasilien“ sind Stand heute (22. Januar 2024) – nach der Vielzahl an Veranstaltungen parallel zur „Grünen Woche“ in Berlin in der vergangenen Woche – noch nicht in Sichtweite. Dazu besuchen Sie bitte regelmäßig die [Webseite der KoBra](#) und/oder die Kanäle der KoBra bei [fb](#), [twitter](#), [insta](#) oder abonnieren Sie den [Telegramm-Kanal der KoBra](#).